Medienmitteilung

Sozialdemokratische Partei
Baselland

Liestal, 10. September 2015

Schwarze Konten bei der Schwarzarbeitskontrolle?

Im Zusammenhang mit den Schwarzarbeitskontrollen dringen immer mehr Unregelmässigkeiten aus dem Umfeld des Baselbieter Hauses der Wirtschaft ans Licht. Und sie werden immer drastischer. Sind tatsächlich Bundessubventionen für die Kontrollen in schwarze Kassen geflossen? Die Verantwortlichen hüllen sich in Schweigen. Nun ist Klarheit und Transparenz gefordert. Die SP hat der Regierung bereits im Juni verschiedene Fragen über an Private übertragene Leistungsaufträge gestellt. Eine Antwort der Regierung ist dringlicher denn je.

Noch ist nicht abgeklärt, weshalb im letzten Jahr die Zahl der Kontrollen – bei gleichbleibenden Bezügen – massiv zurückgegangen ist. Nun wartet das Regionaljournal Basel mit neuen Enthüllungen auf. Erhärten sich die Vorwürfe, so geht es um mehr als um nicht ausreichend ausgeführte Leistungsaufträge: Im Raum steht der Vorwurf des Subventionsbetrugs. So sollen im Baselbiet für die Kontrolltätigkeiten vom mit finanzierenden SECO Lohnbeträge verlangt worden sein, die in dieser Höhe gar nicht ausbezahlt wurden. Wurden hier Steuergelder in irgendeine schwarze Kasse abgezweigt? Wohin floss das Geld? Wer war dafür verantwortlich? Warum haben das SECO und das KIGA nicht interveniert? Anstatt zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, hüllen sich die Verantwortlichen in Schweigen.

Die SP Baselland fordert nun endlich Transparenz. Die Schwarzarbeitskontrolle ist eine wichtige Aufgabe. Das Vertrauen in die sie ausführenden Organe ist die unverzichtbare Grundlage dafür, dass diese Aufgaben wahrgenommen werden kann. Die vermehrt zutage tretenden Vorwürfe an die ZPK und die ZAK untergraben dieses Vertrauen erheblich. Es kann nur wieder wachsen, wenn die Vorwürfe ernst genommen und transparent geprüft werden.

Im Juni 2015 hat die SP der Regierung verschiedene Fragen zur Leistungs- und Finanzkontrolle über die an Private übertragenen Leistungsaufträge gestellt (Geschäft 2015-279). Diese erhalten durch die in der Zwischenzeit bekannt gewordenen Vorwürfe eine überraschende Aktualität. Eine Antwort der Regierung steht aber immer noch aus. Sie ist dringlicher denn je.

Für weitere Informationen

Adil Koller, Co-Präsident SP Baselland 079 222 03 55

Kathrin Schweizer, Landrätin, Fraktionspräsidentin 076 233 51 11